

Werbung



28.12.2025 • 54

Mitgliederbegehren

Regierung möchte Bürgergeldreform noch Anfang März durchbringen – und würgt so SPD-Widerstand ab

Die Regierung möchte ihre Reform des Bürgergelds noch Anfang März durch den Bundestag bringen – ein SPD-Mitgliederbegehren gegen die Reform würde damit zu spät kommen. Der Prozess dafür läuft nämlich noch bis Ende März.



André Hintz



Teile der SPD-Basis kritisieren die geplante Reform (IMAGO/dts Nachrichtenagentur)

In der SPD formiert sich Widerstand gegen die von der Regierung geplante Bürgergeldreform – doch noch bevor ein geplantes Mitgliederbegehren stattfinden kann, will die schwarz-rote Koalition das Gesetzesvorhaben durchdrücken. Das

berichtet die *dpa*.

Der Start des gegen die Gesetzesinitiative gerichteten Mitgliederbegehrens soll demnach auf den 23. Dezember datiert worden sein. Das Verfahren kann bis zu drei Monate dauern, also bis Ende März. Da die Koalition die Neuregelung jedoch bereits Anfang März im Bundestag beschließen will, käme das Begehren einige Wochen zu spät.

Werbung

Der Protest ist als formalisiertes Mitgliederbegehren organisiert. Seit Ende November wurden auf einer Online-Plattform Unterschriften gesammelt, um die erste Schwelle des Verfahrens zu nehmen. Die notwendige Hürde von rund 3.500 Unterschriften, die einem Prozent der Parteimitglieder entspricht, wurde am 19. Dezember erreicht. Damit das Begehren offiziell zustande kommt, müssen mindestens 20 Prozent der SPD-Mitglieder zustimmen.

Einer der Mitinitiatoren des Begehrens, Denny Möller, fordert vor diesem Hintergrund eine Verschiebung der für Anfang März angestrebten Abstimmung. Gegenüber der *Bild am Sonntag* gab er an: „Ich erwarte von der SPD-Spitze, dass sie das Mitgliederbegehren ernst nimmt. Das parlamentarische Verfahren darf nicht abgeschlossen werden, bevor das Mitgliederbegehren beendet und ausgewertet ist“.

Werbung

Sicherheit beginnt mit einem Schritt:
Raus aus der EU.

Die Sicherungsstrategie

Ihr Vermögensschutz in Liechtenstein.



**FRIEDRICH
STRATEGIE**

Auch Sophie Ringhand, Thüringer Jusos-Vorsitzende, bedauert die Terminierung gegenüber dem Blatt: „Es wäre im Sinne der Parteikultur angemessen, Rücksicht auf die Stimmen in der Partei zu nehmen. Aber es besteht für die Fraktion keine Pflicht. Der Zeitplan ist unglücklich, aber nicht zu ändern.“

LESEN SIE AUCH:



Bundestagsvize

Bodo Ramelow behauptet: Jesus würde die Linke wählen

Redaktion • 213



Carsten Schneider

Umweltminister bremst bei Reform des Heizungsgesetzes: „Klimawirkung muss erhalten bleiben“

Redaktion • 90

Hintergrund des Streits ist die von der CDU forcierte Verschärfung beim Bürgergeld. Im Kern geht es um die Option eines vollständigen Leistungsstopps. Wer nicht mitwirkt und wiederholt Termine versäumt, könnte künftig keine Leistungen mehr erhalten. Geplant ist, die Zahlungen komplett einzustellen, wenn Betroffene als „nicht erreichbar“ gelten. Drei verpasste Einladungen sollen demnach reichen, um die Zahlungen auszusetzen. Außerdem soll der Begriff „Bürgergeld“ durch „Grundsicherung“ ersetzt werden. Teile der SPD-Basis kritisieren die Reform als unsozial.

Teilen:

[Zu den Kommentaren \(54\)](#) ↓

Einmalig Monatlich

Apollo News unterstützen

Zahlungsoptionen: Pay Pay

10 € 15 € **25 €** 50 € 100 € [Anderer Betrag \(€\)](#) ▾

[→ Weiter zum Zahlen](#)

Bank-Überweisung



Freund von Apollo News werden

Apollo News wäre ohne unsere Unterstützer nicht möglich. Mit dem neuen Freunde-Programm wollen wir unseren Unterstützern etwas zurückgeben, in Form von Dankeschöns wie einem werbefreien Zugang. [Mehr dazu hier](#)

Monatszahlung per ☐ Pay ☐ Pay

3,99 € /mtl.

Basis

Keine Unterstützung,
nur Abo

9 € /mtl.

Standard

Unterstützung + Abo

18,36 € /mtl.

Gegen-GEZ

Unterstützung + Abo

50 € /mtl.

Förderer

Unterstützung + Abo

[Beliebig \(€\)](#) ▾

Der monatliche Betrag setzt sich zusammen aus PUR-Abo (3,99 Euro) und einer freiwilligen Unterstützung.

[Weiter zum Abschließen](#)

Werbung